

SOLOTHURNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.



Lockerungen für Wohlfahrtsfonds

Wohlfahrtsfonds von Unternehmen können Mitarbeitende in Notlagen rasch und unbürokratisch unterstützen. Die Baselbieter Nationalrätin Daniela Schneeberger hat eine parlamentarische Initiative eingereicht, die das enge gesetzliche Korsett der Wohlfahrtsfonds lockern soll. Der Vorstoss fand in den Kommissionen beider Kammern bereits eine Mehrheit. **Seite 9**

Bundespräsident Ignazio Cassis im Interview

Der Aussenminister ist erst der fünfte Tessiner, der dieses Amt bekleidet. Im Interview mit dem «Freisinn» betont er deshalb auch, dass er in seinem Amtsjahr die italienische Sprachgemeinschaft vertreten will. Ausserdem spricht er über die Chancen der Wissenschaftsdiplomatie für das internationale Genf. **Seite 10 und 11**

Nein zum Mediengesetz

Das Medienpaket, das vom Parlament verabschiedet wurde, ist eine gravierende Fehlkonstruktion. Die überbordenden Subventionen für die Medien erschweren der Branche ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat und hemmen Innovationen. Nationalrat Christian Wasserfallen zeigt auf, dass mit dem Gesetz insbesondere für Onlinemedien eine neue Subventionsmaschinerie geschaffen würde. **Seite 17**

Länderübergreifender Austausch

Als Mitglied der Allianz der liberalen Parteien Europas tauscht sich die FDP regelmässig mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern aus. Am letzten Kongress waren auch drei Mitarbeiter des Generalsekretariats dabei und informierten sich über neue Kommunikationsmöglichkeiten sowie die Chancen digitaler Kampagnen. **Seite 22**



Die Parolen sind gefasst

Delegiertenversammlung in Olten

79 Delegierte versammelten sich in der FHNW in Olten, 75 weitere nahmen online teil, um die Parolen für die Abstimmungen vom 13. Februar zu fassen. Trotz technischer Schwierigkeiten konnten die Vorlagen alle abgehandelt werden.

Kantonalpräsident Stefan Nünlist eröffnete die Solothurner Delegiertenversammlung (DV) und begrüßte die Anwesenden in seiner Heimatstadt. Der Abend stand im Zeichen der Volksabstimmungen vom 13. Februar 2022.

Nein zur Tier- und Menschenversuchsverbotinitiative

Kantonsrat Simon Michel (Solothurn) stellte die Grundsätze der Initiative vor. Versuche an Menschen und Tieren sollen verboten werden. Für Pro-

dukte, welche mit Mensch- oder Tierversuchen hergestellt werden, soll ein Import- und Exportverbot gelten.

Die Initiative hätte zur Folge, dass neue Medikamente in der Schweiz kaum mehr angeboten werden können, da diese standardmässig an Menschen und Tieren getestet werden müssen. Für die Schweiz würde es praktisch ein Forschungsverbot bedeuten. Bereits heute werden Tierversuche auf

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–8 Solothurner Freisinn
- 9 NR Daniela Schneeberger setzt sich für Wohlfahrtsfonds ein
- 10/11 Bundespräsident Ignazio Cassis im Interview
- 12 Legislatur-Halbzeit in Bundesbern
- 13 Erfolgreiche Wahlen im Kanton Freiburg
- 14 Jungfreisinnige sammeln fleissig Unterschriften
- 15 Tourismus nach der Pandemie
- 16 Digitaler Sessionsrückblick
- 17 Nein zum Mediengesetz
- 18 Abschaffung der Emissionsabgabe stärkt KMU
- 19 Tabakwerbeverbotsinitiative schießt übers Ziel hinaus
- 20 Tierversuchsverbotsinitiative bedroht Forschung
- 21 Politik gehört auf die Strasse
- 22 ALDE-Workshop in Warschau
- 23 Vermischtes



Wir übernehmen Verantwortung

Gewichtige Entscheide zum Jahresanfang 2022

Liebe Freisinnige

Ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet, und ich wünsche Ihnen auf diesem Weg ein glückliches Jahr 2022 mit vielen liberalen Höhepunkten. Das Jahr 2022 ist zwar erst wenige Wochen alt, doch wir befinden uns bereits wieder mitten in intensiven politischen Debatten. Auch in diesem Jahr ist die Sicherung der Altersvorsorge für die FDP ein zentrales Thema. In der vergangenen Wintersession konnten wir die längst überfällige AHV-Reform verabschieden und bei der BVG-Reform erste wichtige Pflöcke einschlagen. Zur AHV-Vorlage hat Links-Grün bereits das Referendum angekündigt. Wir werden uns auch in den nächsten Monaten im Parlament und im Abstimmungskampf mit voller Kraft für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge einsetzen. Die Renteninitiative bleibt eine wichtige Lösungsantwort auf eine der grössten politischen Herausforderungen unseres Landes.

Abschaffung der Stempelsteuer ist überfällig

Die nächsten Abstimmungen stehen bereits vor der Tür. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein wichtiges liberales Anliegen. Mit der Aufhebung dieser weltweit einzigartigen Steuer verschaffen wir Schweizer Unternehmen den nötigen Spielraum, um die Erhöhung des Eigenkapitals attraktiver zu gestalten und damit die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Gerade die Corona-Krise hat uns diese Notwendigkeit vor Augen geführt. Hingegen ist das Medienpaket überzogen. Die teils sinnvolle indirekte Medienförderung wurde massiv ausgebaut und durch die direkte Förderung von Onlinemedien erweitert. Letzteres ist nicht mit einer unabhängigen und liberalen Medienlandschaft vereinbar. An der Parteipräsidentenkonferenz hat die FDP deshalb klar die Nein-Parole gefasst. Ebenfalls abzulehnen sind die Tabak- sowie die Tier-

und Menschenversuchsverbotsinitiative, da sie gegen elementare liberale Grundsätze verstossen und die bestehende Gesetzgebung ausreicht. Auf den Seiten 17 bis 20 können Sie mehr zu den Abstimmungen nachlesen.

Liberales Feuer für kantonale Wahlen

Im März finden kantonale Wahlen in Bern, Waadt, Obwalden und Nidwalden statt. Die FDP-Kantonalparteien befinden sich bereits in einem engagierten Wahlkampf. Sie setzen alles daran, dass die freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten positive Ergebnisse erzielen. Im Kanton Freiburg ist dies im Herbst hervorragend gelungen. Die FDP wurde zweitstärkste Partei und bestätigte die zwei Sitze im Staatsrat mit starken Resultaten. Mehr zu den erfolgreichen Freiburger Wahlen finden Sie auf der Seite 7.

Mein Vizepräsidium und ich haben uns in den letzten Wochen intensiv mit parteiinternen Strukturen und freisinnigen Kernthemen beschäftigt und vielerlei Gespräche geführt. Ich durfte an zahlreichen Parteiversammlungen und Veranstaltungen auftreten und unsere Ideen präsentieren. Dabei habe ich einmal mehr festgestellt, dass sich viele Freisinnige mit grossem Einsatz engagieren, sich in Diskussionen einbringen und mehrheitsfähige und liberale Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit entwickeln. So bringen sie unser Land und die Partei voran! Das sind vielversprechende Voraussetzungen für die Zukunft.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Fortsetzung von Seite 1

ein Minimum beschränkt und seit den 80er-Jahren um 70 Prozent gesenkt.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage mit fünf Gegenstimmen und ohne Enthaltungen die «Nein»-Parole.

Nein zur Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung»

Kantonsrat Thomas Fürst (Olten) stellte die Volksinitiative gegen Tabakwerbung vor. Die Initiative wurde im Herbst 2019 eingereicht und wird von der Ärzteschaft, Gesundheits-, Lehrer- und Sportverbände unterstützt. Sie will ein Verbot für Werbung, überall, wo sie für Minderjährige zugänglich ist. Das Parlament hat bereits einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet, welcher das Tabakproduktegesetz verschärft.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage die «Nein»-Parole mit 20 Ja- gegen 121 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Ja zur Abschaffung der Stempelsteuer

Kantonsrat David Plüss (Olten) präsentierte die Argumente zur Abschaffung der Stempelsteuer. Die Stempelabgaben sind vom Bund erhobene Steuern auf bestimmten Vorgängen des Rechts- und Kapitalverkehrs. Jährlich zahlen über 2000 Unternehmen in der Schweiz Emissionsabgaben, davon auch viele KMU. Mit der Abschaffung der Stempelsteuer würden diese entlastet und ihr Unternehmertum belohnt werden.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage die «Ja»-Parole mit 113 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen.

Mediengesetz abgelehnt

Nationalrat Kurt Fluri präsentierte die Argumente für das Mediengesetz. Er betonte, dass das Vertrauen in die Schweizer Medien hoch ist. Für ihn ist Qualitätsjournalismus ein wichtiges Instrument und Fundament zum demokratischen Meinungsbildungsprozess. Seine fünf wichtigsten Argumente sind:

1. Das Medienpaket sichert die journalistische Grundversorgung in allen Sprachregionen der Schweiz.
2. Die Unterstützung ist marktorientiert und berücksichtigt auch neu auf den Markt eintretende Medien (Start-up).
3. Das Medienpaket ist auf sieben Jahre befristet und als Überbrückungshilfe angelegt.
4. Das Medienpaket unterstützt kleine Medien proportional stärker.
5. Das Medienpaket respektiert die Unabhängigkeit der Schweizer Medien.



Kantonsrat David Plüss präsentiert die Argumente zur Abschaffung der Stempelsteuer.

Nationalrat Christian Wasserfallen präsentierte seine Argumente gegen das Mediengesetz. Die Revision ist für ihn unglücklich, da sie mit der Giesskanne ausgeschüttet wird. Für ihn ist klar, dass 70 Prozent der Subventionen nur an die grossen Medien gehen, welche sonst schon gute Zahlen schreiben. Er betonte, dass nicht überlebensfähige Onlinemedien gezüchtet werden. Sieben Jahre sind aus seiner Sicht eine viel zu lange Zeit in der dynamischen Medienwelt. Er warnte davor, dass einmal eingeführte Subventionen kaum mehr abgeschafft werden können.

Die Delegierten fassten für diese Vorlage die «Nein»-Parole mit 30 Ja- gegen 97 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Ja zur Spitalfinanzierung

Kantonsrat Christian Thalmann (Breitenbach) präsentierte die kantonale Vorlage. Sie betrifft die definitive Schlusszahlung 2020 für die Ertragsaus-

fälle wegen Covid-19. Für 2020 müssen den SoH und den Pallas-Klinken Ertragsausfälle über CHF 41,5 Mio. erstattet werden. Die Volksabstimmung ist notwendig, da es sich um neue Ausgaben handelt. Dies betrifft nur das Jahr 2020. Für die Folgejahre wird die Situation wieder neu beurteilt. Die Delegierten fassten für diese Vorlage die «Ja»-Parole mit 92 Ja- gegen 29 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen.

Statutenrevision verschoben

Die geplante Statutenrevision wurde auf die nächste Delegiertenversammlung verschoben, welche am 5. April 2022 in der Amtei Dorneck/Thierstein durchgeführt wird.

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn



Kantonsrat Thomas Fürst präsentiert die Argumente für ein Nein gegen die Tabakwerbung.



Nationalrat Kurt Fluri stellt die Argumente für das Mediengesetz vor.



Nationalrat Christian Wasserfallen stellt die Argumente gegen das Mediengesetz vor.



Kantonsrat Christian Thalmann präsentiert die Argumente für ein Ja zur Spitalfinanzierung.

Geselliges Nachtessen in Egerkingen.



Vorweihnachtsanlass in Egerkingen

Treffen der FDP Frauen

Anfang Dezember trafen sich die FDP Frauen des Kantons Solothurn zu einem vorweihnachtlichen Anlass in Egerkingen.

Besichtigung Firma Haix

Zum Einstieg in den Anlass durften die FDP Frauen des Kantons Solothurn die Firma Haix in Egerkingen besuchen. Denise Bürgi, Geschäftsführerin und erster Ersatz auf der Kantonsratsliste Thal Gäu stellte ihren Betrieb gleich selbst vor. Die Firma Haix hat sich auf die Produktion von Arbeits- und Freizeitschuhen spezialisiert. Dank der Herstellung in Europa haben sie trotz Corona keine Lieferengpässe. Die Frauen durften sich dann mit einer Faszienrolle die Füsse aktivieren und konnten damit erleben, wie die neusten Schuhe das Wohlbefinden der Trägerinnen steigern. Karin Oertlin, eine der Co-Präsidentinnen der FDP Frauen Kanton Solothurn, dankte Denise Bürgi für die spannende Führung und den offerierten Apéro.

Nachtessen mit Geschichten

Das anschliessende Nachtessen fand im Gasthof von Arx in Egerkingen statt. Zur Begrüssung und zwischen den Gängen erzählte Peter Schenker spannende Geschichten aus Egerkingen und dem Gäu. So auch vom Riesen Nack, welcher oberhalb von Egerkingen im Nackloch gehaust haben soll.

Das Nachtessen nutzten die FDP Frauen für einen regen Austausch untereinander.

Spannendes Jahresprogramm

Die FDP Frauen planen, auch für 2022 einige Anlässe durchzuführen:

Am 27. Januar, 28. April, 8. September und 10. November finden in Solothurn die Abstimmungstreffs statt. Dort werden die Vorlagen für die kommenden Abstimmungen angeschaut und über die Parolen diskutiert.

Am 10. Juni findet der Sommeranlass in Dornach statt.

Am 24. November wird der nächste vorweihnachtliche Anlass durchgeführt.

Alle FDP Frauen werden jeweils per Mail zu diesen Anlässen eingeladen. Falls Sie in Zukunft diese Mails ebenfalls erhalten möchten, teilen Sie uns dies via info@fdp-so.ch mit.

Regelmässiger Austausch fördern

Jeden 2. Montag im Monat treffen sich die FDP Frauen zu einem gemeinsamen Mittagessen. Wer gerne dabei sein möchte, kann sich bei einer der



FDP Frauen nutzten den Austausch untereinander.

Präsidentinnen oder auf dem FDP Sekretariat in Solothurn melden.

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin
FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Stefan Nünlist, Olten



Vorwärts

Präsidiale Gedanken

Fortschritt bewegt, weil er weit über den flüchtigen Zeitgeist hinausgeht. Als Geisteshaltung wurzelt er in einer soliden Wertebasis. Fortschritt erlaubt, an Bewährtem festzuhalten und seinen Überzeugungen treu zu bleiben.

Grundwerte des Freisinns

Im Leben gibt es nur eine Richtung: vorwärts. Klar, es braucht auch Pausen zum Nachdenken und Kraft tanken, so wie uns das die Natur im Winter lehrt. Und manchmal heisst es zwei Schritte zurück, um Anlauf für die nächste Hürde zu holen. Aber im Grunde heisst leben, die Gegenwart annehmen, nach vorne gucken, sich auf morgen freuen und Zukunft gestalten. Neben Freiheit und Gemein Sinn ist der Fortschritt darum der dritte Grundwert unseres Freisinns. Fortschritt bedeutet mit Urvertrauen und Optimismus nach vorne blicken, Herausforderungen erkennen und mutig angehen. Dabei verstehen wir Freisinnige Fortschritt seit jeher breit. Es geht um positive, technologische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Veränderungen. Als Land und Gemeinschaft wollen wir nicht stehen bleiben, sondern die Voraussetzungen schaffen, um erfolgreich zu bleiben. Fortschritt sind neue Ideen und Lösungsansätze, Gestaltungskraft, Zukunftspläne und tatkräftiges

Handeln. Fortschritt bewegt, weil er weit über den flüchtigen Zeitgeist hinausgeht. Als Geisteshaltung wurzelt er in einer soliden Wertebasis. Fortschritt erlaubt, an Bewährtem festzuhalten und seinen Überzeugungen treu zu bleiben.

Freisinniges Handeln ist gefragt

Betrachten wir die wirtschaftlichen Folgen von Corona, die Finanzierung der Altersvorsorge, ein sich rasch veränderndes Klima, der Zugang unserer Wirtschaft zu den europäischen Märkten oder die sich abzeichnenden Konflikte an Europas Rändern: vorausschauendes, fortschrittliches, freisinniges Handeln mit Augenmass ist notwendiger denn je! Wollen wir die Altersvorsorge sichern, müssen wir das Rentenalter erhöhen. Wollen wir unseren Wohlstand bewahren, gilt es, für gesunde Staatsfinanzen zu sorgen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft einzustehen. Den CO₂-Ausstoss senken wir Dank dem Einsatz von neuen klimaverträglichen Technologien und dem Bau von



CO₂-armen Stromproduktionsanlagen wie Solar, Wind, Biogas, Wasser und Kernkraft. Wollen wir eine sichere und unabhängige Schweiz, müssen wir uns vernetzen und der Sicherheit – dazu gehören auch eine verlässliche Stromversorgung und eine glaubwürdige Luftverteidigung – den notwendigen Stellenwert einräumen. Und Zukunft setzt Investitionen in Infrastrukturen, Bildung und Innovation voraus.

Die Lust am Fortschritt ist bei unseren politischen Mitbewerbern beschränkt. SVP und Mitte ziehen in gewissen Wirtschaftsfragen mit, fürchten sich aber vor internationaler Vernetzung. Die Linke, lange Zeit eine Verbündete von uns Freisinnigen im Kampf für Fortschritt, ist zu einer wirtschaftsfeindlichen, technologie- und zukunfts-skeptischen Kraft geworden. Es geht ihr in erster Linie um Ideologie sowie die Interessen von Minderheiten und der eigenen Klientel. Vorbei sind die Zeiten von Willi Ritschard, Otto Stich oder Boris Banga, die sich für die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger einsetzten, zugleich aber dem technologischen Fortschritt und der Wirtschaft gegenüber offen waren.

Nach vorne gucken

Leider dominiert zurzeit die Koalition des Stillstands die Schweiz. Aber mit Ängsten, Worthülsen, Umverteilung, Klassenkampf und unrealistischen Forderungen schaffen wir weder Perspektiven noch Sicherheit und Wohlstand. Jetzt sind wir Freisinnige gefordert auf Kurs zu bleiben, nach vorne zu gucken, Kante zu zeigen, zu kämpfen und zu überzeugen: Am 13. Februar geht's um ein Ja zur Abschaffung der aus der Zeit gefallenen Stempelsteuer, um ein wuchtiges Nein zur staatlichen Medienförderung, gegen das technologiefeindliche Verbot zu Tierversuchen und um unfreisinnige Werbeverbote. Im Kanton sind wir am Sammeln der Unterschriften für unsere 1:85-Initiative. Und bereits in 18 Monaten stehen schon wieder die entscheidenden National- und Ständeratswahlen an. Dabei geht es nicht mehr oder weniger darum, wie viel Freisinn und Fortschritt künftig in unserer Schweiz stattfinden.

Stefan Nünlist
Kantonsrat und Parteipräsident

Volksinitiative 1:85

Jetzt unterschreiben!

Die FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn wollen einen gesunden, leistungsfähigen und starken Kanton. Die Partei lanciert nun eine Volksinitiative, um das ungesunde Stellenwachstum in der Verwaltung zu begrenzen und an das Bevölkerungswachstum zu koppeln.

In den letzten Jahren ist die Zahl der staatlichen Stellen enorm angewachsen. Von 2010 bis 2020 wuchs der Stellenetat des Solothurner Staatsapparats von 2864 auf 3344 Vollzeitstellen und damit fast doppelt so stark wie die Solothurner Bevölkerung. Neue Stellen schaffen stets weitere Begehrlichkeiten mit entsprechenden Folgekosten. Einmal geschaffene Stellen bei der öffentlichen Hand werden kaum mehr aufgehoben.

Begrenzung auf eine Staatsstelle pro 85 Einwohner

Um unseren Kanton langfristig attraktiv, gesund und stark zu halten und Einwohnerinnen und Einwohner nicht immer mehr zu belasten und einzuschränken, ist die Zahl staatlicher Stellen an das Bevölkerungswachstum zu koppeln. Mit dem Verhältnis von einer Staatsstelle auf 85 Einwohner wird das künftige Wachstum, gemessen am Stand vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019, beschränkt.

Jetzt unterschreiben!

Damit wir die nötigen Unterschriften so bald wie möglich erreichen, sind wir auf die Mithilfe aller Freisinnigen angewiesen. Bitte unterschreiben Sie den beiliegenden Unterschriftenbogen und retournieren Sie ihn so bald wie möglich.

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin
FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn



Markus Spielmann
Fraktionschef und
Kantonsrat

«Die Initiative ist ausgewogen. Sie gebietet den Politikern Einhalt bei der Kostenexplosion und lässt trotzdem Raum für Wachstum.»



Sabrina Weisskopf
Rechtsanwältin

«Unsere Verwaltung wächst seit Jahren massiv an und wird damit immer teurer. Nicht ohne Grund liegt die Steuerbelastung im Kanton Solothurn über dem landesweiten Durchschnitt. Unsere Initiative will den Aufwärtstrend eindämmen, indem die Anzahl Staatsstellen in ein vernünftiges Verhältnis zur Bevölkerung gesetzt werden.»



Stefan Nünlist
Parteipräsident und
Kantonsrat

«Eine schlanke, gute Verwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe ist ein Standortvorteil des Kantons Solothurn. Das stetige Wachstum der Verwaltung in den letzten Jahren ist ungesund und setzt diesen Vorteil aufs Spiel. Mit unserer 1:85-Initiative wollen wir das Wachstum beschränken und den Kanton stärken.»



Sylvia Leisi
Selbstständige
Unternehmerin

«Jedes Unternehmen besitzt Fitnessprogramme: Mal Yoga, mal Gewichte heben, und nicht immer hält man sich gleich gern oder gleich intensiv daran. Die Initiative schlägt keinen Ironman vor, sondern eine Wanderung mit genug Proviant und einem Feldstecher.»



Daniel Probst
Kantonsrat

«Dass mit steigender Bevölkerung die Anzahl Stellen bei der öffentlichen Hand zunimmt, ist nachvollziehbar. Die Zunahme muss jedoch im verhältnismässigen Rahmen bleiben. Alles andere ist nicht nachhaltig. Die 1:85-Initiative bietet Hand für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik für künftige Generationen.»



Simon Michel
Kantonsrat

«Wir schätzen und unterstützen den Einsatz und die gute Arbeit unserer Behörden und Ämter. Wir wollen mit der 1:85-Initiative insbesondere auch das Parlament bei jedem neuen Auftrag und bei jedem neuen Gesetz in die Pflicht nehmen, die Konsequenzen auf einen möglichen Ausbau neuer Stellen beim Staat zu berücksichtigen.»



Franziska Hochstrasser
Parteisekretärin

«Unbegrenzttes Wachstum ist auch in der Natur nicht möglich. Die Begrenzung soll helfen, eine schlagkräftige Struktur in unserem Kanton zu haben.»

Rückblick freisinniges Gipfeltreffen in Olten.



Gipfeltreffen in Olten

Rückblick

Am 18. November 2021 trafen sich in der FHNW in Olten 50 freisinnige Vertreter der Ortsparteien und Gemeinden zu einem Austausch. Schwerpunkt dieses Morgens war eine Gruppenarbeit, um die Erwartungen an die verschiedenen Ebenen der Partei zu klären.

Strategische Leitlinien

Nach der Begrüssung durch Stefan Nünlist, präsentierte Manuela Misteli die Resultate aus dem Projekt «FDP 2025 – zäme gwünne». Die Leitlinien daraus sind:

- Wir machen Politik und bestimmen die Debatte
- Wir sind präsent und wahrnehmbar
- Wir finden und begeistern die besten Köpfe
- Wir politisieren lustvoll
- Wir sind effizient und modern organisiert

Die Teilnehmer diskutierten die Leitlinien und brachten noch Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge ein.

Gruppenarbeit als Schwerpunkt

Die anwesenden Vertreter der Ortsparteien, der Gemeinden und der Kantonsratsfraktion bekamen verschiedene Fragen, welche sie dann in einer Gruppenarbeit zu behandeln hatten. In der rechten Spalten befindet sich die Zusammenfassung.

Regierungsräte im Gespräch

Am Schluss der Veranstaltung stellten sich die anwesenden Regierungsräte Peter Hodel und Remo

Ankli den Fragen der Teilnehmer. Auf die Frage, was die FDP Regierungsräte für die Partei machen können, antworteten sie:

Peter Hodel: «Ich bin mir bewusst, welche Einflüsse die kantonalen Entscheide auf Gemeindeebene haben. Bei Problemen/Wünschen dürfen und sollen die Gemeindevertreter auf mich zukommen. Als Regierungsrat kann ich nicht gleichzeitig Gemeindevertreter sein.»

Remo Ankli: «Die Regierungsräte sind nicht die dankbarsten Dienstleistungserbringer zur Profilierung der Partei. Wenn ich eingeladen bin, komme ich gerne in die Gemeinden, um die aktuellen Themen aus dem Kanton zu erklären. Wir wünschen uns, dass wir vermehrt von den Ortsparteien eingeladen werden.»

Fortsetzung geplant

Auf Grund der positiven Rückmeldung ist eine Fortsetzung geplant. Das nächste freisinnige Gipfeltreffen findet am 12. November 2022 statt.

Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin
FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

«Mit wem möchte ich zu welchen Themen gerne regelmässig zusammenarbeiten / mich austauschen?»

- Austausch zwischen Gemeinden / Ortsparteien und Kantonsratsfraktion, insbesondere in der Amtei
- Abholung der Anliegen der Bürgergemeinden
- Zusammenarbeit Jungfreisinnige / Vorstand in Gemeinden stärken
- Einbindung nationaler Akteure
 - Themen:
 - Hebelwirkungen
 - Digitalisierung
 - Soziales
 - Verkehr
 - Sicherheit
 - Vereinbarkeit Beruf und Familie
 - Wirtschaftspolitik / Wertschöpfung
 - Technologie / Infrastruktur
 - Grenzen des Milizsystems

Welche Dienstleistungen wünsche ich mir von der Kantonalpartei?

- Unterlagen für Wahlen
- Adressen
- Vorlagen und Ideenbox für Drucksachen
- Unterstützung Website / soziale Medien
- Unterstützung bei der Durchführung von Anlässen
- Konzept Mitgliedergewinnung

Welche Erwartungen und Wünsche haben wir an die nationale Partei?

- Verantwortungsvolle nationale Politiker
- Klare Strategie
- Volksgerechte Sprache nutzen
- Wahrnehmung verbessern
- Fokus auf Kernthemen setzen
- Soziale Medien nutzen

Wie organisieren wir uns zwischen Gemeinden – Amtei – Kanton?

- Gemeinden: Kurze Wege nutzen und Ressourcen optimieren
- Amtei: Austausch schaffen und Amteifraktion einbeziehen
- Kanton: Beratung / Ausbildung Ortsparteien, Give-aways organisieren

Wir wollen alle Tage sparen...

Kolumne

Wir planen eine luxuriöse Weltreise rund um den Globus. Kostenpunkt: 30000 Franken pro Person. Dann überlegen wir uns, dass das alles doch etwas übertrieben wäre, weshalb wir die Idee fallen lassen. Und das Resultat? Jetzt haben wir 30000 Franken gespart! So jedenfalls spart die öffentliche Hand. Die vor kurzem bei den Gemeinden, beim Kanton und beim Bund wieder stattgefundenen Budgetdebatten haben es einmal mehr gezeigt. Immer wird zunächst ein grosses Wunschkonzert veranstaltet, inszeniert von der Verwaltung und orchestriert von Politikerinnen und Politikern jeglicher Provenienz, die sich mit zusätzlichen Kreditbegehren auch noch irgendwo beliebt machen möchten. Dann wird zum Rotstift gegriffen und gekürzt, vor allem dort, wo es am wenigsten weh tut, und dann heisst es: Jetzt haben wir gespart! Im Klartext heisst das allerdings nur: Wir haben weniger ausgegeben.

Jahr für Jahr steigen in den Budgets und Rechnungen von Bund, Kantonen und Gemeinden die Einnahmen, vor allem weil die Steuerzahler immer mehr Steuern bezahlen. Damit können die Ausgaben aber nicht nur Schritt halten; nein, sie übertreffen sie, weshalb dann einmal mehr ein Defizit zu beklagen ist. Vor allem während der Pandemie hat sich die öffentliche Hand als helfende Hand sehr grosszügig gezeigt. Das schwappt dann gleich auf alle übrigen Budgetposten über, denn Schuldenmachen ist gar nicht so schlimm, weil die Zinsen ja immer noch sehr tief sind.

Und wer bezahlt das alles? Es ist in erster Linie der Mittelstand, der über eine solide Ausbildung verfügt, beruflich Erfolg hat, dann aber einen Viertel oder noch mehr seiner Einkünfte gleich wieder dem Fiskus abliefern muss. Es sind aber gerade die gut ausgebildeten Leute, welche die Unternehmen der Privatwirtschaft vorantreiben und nicht die CEOs, die die Boni in Millionenhöhe abkassieren. Dass der Mittelstand auch wesentlich dazu beiträgt, die öffentliche Hand tatkräftig zu alimentieren, wird von der Politik jedoch überhaupt nicht gewürdigt. Wenn es um Steuererleichterungen geht, sollen davon vor allem die unteren Einkommen und auch noch die Familien profitieren, während der Mittelstand einmal mehr leer ausgeht. So will es auch der Gegenvorschlag des Regierungsrates zur



Volksinitiative «Jetz si mir draa». Im Gegenzug soll zudem gleichzeitig der Pendlerabzug reduziert und der Katasterwert des Wohneigentums erhöht werden. Mit andern Worten: Was die öffentliche Hand mit der einen gibt, nimmt sie mit der anderen gleich wieder zurück.

Der Regierungsrat warnt, eine wortgetreue Umsetzung der Initiative hätte einen massiven Leistungsabbau zur Folge, namentlich im Bildungs-, Sozial- und gesundheitspolitischen Bereich. Sind denn das alles politische Domänen, die bereits unter Heimatschutz stehen? Ist jede Ausgabe im Bildungsbereich oder in der Sozialpolitik tatsächlich für alle Zeiten gerechtfertigt? Bezeichnend, dass die Verwaltung für die Umsetzung der Initiative das privatwirtschaftliche Unternehmen Eco-plan beziehen muss, denn wo der politische Wille fehlt, kann wenigstens noch ein Gutachten nützlich sein. Auch die Verwaltung wächst von Jahr zu Jahr, aber ebenso die Zahl der in Auftrag gegebenen Studien und Gutachten. Gegen das überbordende Wachstum der Verwaltung hat die FDP ihre Volksinitiative zur Plafonierung des Personalbestandes lanciert.

«Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr», heisst es schon in Goethes Faust. Bei der Volksinitiative «Jetz si mir draa» geht es nicht bloss darum, wo und wie viel bei den Steuern gesenkt werden soll. Es geht vielmehr um die Frage, ob die Politik des «Weiter-so» fortgesetzt werden soll oder der dringend nötige Reformbedarf end-

AGENDA

Sonntag, 13. Februar

Eidgenössische Abstimmung

Montag, 7. März

19.00 Uhr: Sitzung Parteivorstand

Montag, 28. März

19.30 Uhr: Orts- und Amteiparteipräsidentenkonferenz

Donnerstag, 31. März

19.30 Uhr: Supporter Club, Parlamentariergespräch, Eintracht Kestenholz

Dienstag, 5. April

19.00 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung (Dorneck / Thierstein)

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Wechsel in den Orts-/Amteiparteien

Beinwil

Peter Wyss (neue Kontaktperson) für Andreas Bringold

Lohn-Ammannsegg

Philippe Arnet und Stefan Kocher für Beat Wyler

Oberbuchsiten

Roland Kissling (neu) für Robert Gurtner

Selzach

Melanie Schaad (neu) für Andreas Hänggi

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten/-innen herzlich für ihren Einsatz und wünsche den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

lich angepackt wird. Aber dazu braucht es wohl vorerst ein klares Wort des Stimmvolkes: Ja, wir wollen!

Urs Marti, Langendorf



Mehr Spielraum für Wohlfahrtsfonds

Vorstoss von Nationalrätin Daniela Schneeberger

Wohlfahrtsfonds von Unternehmen möchten heute andere Aufgaben wahrnehmen als zu ihren Gründungszeiten. Die parlamentarische Initiative von Daniela Schneeberger zugunsten der patronalen Fonds stiess in den Kommissionen auf Zustimmung.

Lange bevor das sorgfältig austarierte 3-Säulen-System die Schweizer Altersvorsorge regelte, sorgten oft Unternehmen für die berufliche Vorsorge ihrer Angestellten. Besonders in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gründeten viele Firmeninhaber sogenannte patronale Wohlfahrtsfonds, um ihre Beschäftigten bei Krankheit, Tod, Invalidität und Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Da der Sozialstaat im Verlauf des 20. Jahrhunderts stetig weiter ausgebaut wurde und die Wohlfahrtsfonds strengeren Vorschriften unterlagen, nahm deren Zahl und Bedeutung kontinuierlich ab. Der ehemalige FDP-Präsident Fulvio Pelli versuchte dieser Entwicklung entgegenzuwirken und konnte 2016 mit einer parlamentarischen Initiative erreichen, dass Wohlfahrtsfonds neu definiert und bürokratische Hürden abgebaut wurden. Letztere sind allerdings immer noch hoch und sorgen dafür, dass Wohlfahrtsfonds oft mit Behörden diskutieren müssen, bevor sie Leistungen erbringen können. Dies, obwohl unbürokratische Zahlungen gerade ein Vorteil von Wohlfahrtsfonds gegenüber staatlichen Institutionen sind.

Gegen den Rückgang von Wohlfahrtsfonds

Nationalrätin Daniela Schneeberger hat diese Problematik erkannt und eine parlamentarische Initiative dazu eingereicht. Diese fordert, dass Wohlfahrtsfonds im Rahmen ihrer Zwecksetzung auch Leistungen zur Prävention bei Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit (und nicht nur in Notlagen einzelner Destinatäre) beziehungsweise bei Alter, Tod und Invalidität ausrichten können. «Die Zahl der Wohlfahrtsfonds nahm aufgrund komplexer Bestimmungen ab. Das ist schade, da sie viel Gutes leisten. Mit meinem Vorstoss will ich den Wohlfahrtsfonds mehr Flexibilität ermöglichen.» Die Wohlfahrtsfonds sind von den Arbeitgebern finanziert und können den Sozialstaat entlasten. Dafür benötigen sie jedoch einen gewissen Spielraum.

Die parlamentarische Initiative von Daniela Schneeberger, die auch den Verband patronfonds präsidiert, ist daher auch eine freisinnige Forderung: «Weniger Administration und Eigenverantwortung der Unternehmen sind klassische liberale



Daniela Schneeberger setzt sich für Wohlfahrtsfonds ein.

Anliegen.» Sowohl in der Sozial- und Gesundheitskommission des Nationalrats wie auch in jener des Ständerats erhielt das Begehren für die Wohlfahrtsfonds Zustimmung. Die Baselbieter Nationalrätin ist zuversichtlich, dass dies auch in der Ratsdebatte so sein wird: «In der Kommission gab es einige wenige Bedenken punkto Missbrauchsgefahr. Grundsätzlich war aber kein Widerstand zu spüren.» Bei einer Annahme der parlamentarischen Initiative hofft Schneeberger, dass die Verantwortlichen der Wohlfahrtsfonds die neuen Möglichkeiten nutzen und ihre Leistungen ohne bürokratische Einschränkungen dem Zeitgeist anpassen können.

Marco Wölfli



«Vielfalt ist ein Vorteil – kein Hindernis»

Bundespräsident Ignazio Cassis vor einem herausfordernden Amtsjahr

Als erst fünfter Tessiner bekleidet Ignazio Cassis im Jahr 2022 das Amt des Bundespräsidenten. Im Interview spricht er über den notwendigen nationalen Zusammenhalt in der Corona-Pandemie, über eindrückliche Reisen im Nahen Osten und wie Wissenschaftsdiplomatie das internationale Genf stärken kann.

Herr Bundespräsident, lieber Ignazio, das Jahr 2021 war von der Pandemie geprägt, aber auch von wichtigen Dossiers wie Europa und der Altersvorsorge. Wie blicken Sie auf das vergangene Jahr zurück?

Zum Jahresbeginn 2021 hatten wir alle grosse Hoffnungen, dass die Pandemie bald enden würde. Doch das Virus wird uns nicht einfach so verlassen. Heute stellt uns die Omikron-Variante vor grosse Herausforderungen. Wir benötigen starke Nerven und Geduld, um uns dem Unbekannten zu stellen. Was die anderen Themen betrifft, so hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen zu beenden, weil eine Einigung mit der EU nicht mehr realistisch schien. Damit sind die Fragen zu den künftigen Beziehungen mit der EU nicht gelöst, aber der Bundesrat arbeitet weiterhin daran. Betreffend Alters-

vorsorge freue ich mich, dass das Parlament eine AHV-Reform verabschiedet hat, die hoffentlich auch in einer Volksabstimmung angenommen wird.

Am 8. Dezember 2021 wurden Sie zum Bundespräsidenten gewählt. Was bedeutet Ihnen dieses Amt?

Es ist eine grosse Ehre und macht mich stolz, meine Sprachgemeinschaft zu vertreten. Nach vielen Jahren bekleidet wieder ein Vertreter der italienischsprachigen Gemeinschaft das höchste Amt. Dieser symbolische und psychologische Aspekt ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Ich bin mir aber auch der Verantwortung und der Herausforderung bewusst, die das Amt mitbringen.

Sie sind erst der fünfte Tessiner Bundespräsident seit 1848 und der zweite Freisinnige. Welche Rolle

spielt der italienische Sprachraum in Ihrem Amtsjahr? Die sprachliche Vielfalt ist auch eine kulturelle Vielfalt. In der Schweiz leben wir in unterschiedlichen Kulturräumen. Das ist nicht leicht, aber wir haben es bisher geschafft, den nationalen Zusammenhalt zu erhalten. Ich will im Jahr 2022 daran erinnern, dass Vielfalt ein Vorteil und kein Hindernis ist. Gelebte Vielfalt ist eine Herausforderung und erfordert von allen die Bereitschaft, sich manchmal zurückzunehmen und einen Schritt auf sein Gegenüber zuzugehen. Ich will in meinem Präsidialjahr mit gutem Beispiel vorangehen.

Welche Schwerpunkte legen Sie in Ihrem Präsidialjahr? Vielfalt ist sicher ein wichtiger Schwerpunkt, da ich als Vertreter einer Sprachminderheit diese Vielfalt auch vertrete. Das mit Abstand wichtigste Thema dürfte aber Corona sein. Die Pandemie bleibt eine grosse Herausforderung, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Und wir sind alle müde, weil wir gehofft haben, dass die Welt Ende 2021 wieder in Ordnung ist. So ist es leider nicht

gekommen. Doch wir müssen der Realität ins Auge blicken – mit Mut und Zuversicht.

Wieso haben Sie sich als Aussenminister dafür entschieden, in Ihrem Präsidentschaftsjahr vorzugsweise Reisen in der Schweiz durchzuführen? Der Bundespräsident muss in erster Linie dafür sorgen, dass der Gesamtbundesrat seine Arbeit ordentlich durchführen kann. Dazu trägt er eine wichtige Verantwortung für den nationalen Zusammenhalt. Das ist immer eine grosse Herausforderung, aber in der Pandemie ist sie noch grösser. Wir haben in den letzten Monaten viel Unbehagen in der Bevölkerung gespürt. Es gibt harte Diskussionen zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern oder über Fragen, ob es mehr Zentralisierung oder mehr Föderalismus braucht. Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen. Deshalb werde ich im Präsidentschaftsjahr vor allem in der Schweiz unterwegs sein, ohne jedoch einige diplomatische Besuche im Ausland vermeiden zu können.

Sie sind nun seit gut vier Jahren Aussenminister und haben zahlreiche Länder bereist. Gibt es eine Reise oder ein Erlebnis, das Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist? Da gibt es mehr als eine erinnerungswürdige Reise. So zum Beispiel die Reise nach Bagdad. Der Irak hat 30 Jahre Krieg hinter sich und befindet sich nun in einer Art Renaissance. Eindrücklich war auch die Reise in den Libanon. Das Land steckt in einer tiefen Krise. Am Abend gab es kein Licht auf den Strassen und man spürte, in welcher schwieriger Situation sich das Land befindet. Ähnliche Eindrücke erlebte ich in Libyen, das ebenfalls in einer problematischen Lage ist. Das sind alles Länder, die nicht so weit weg sind von der Schweiz. Die dortige Lage hat Auswirkungen auf unser Land. Deshalb muss sich die Schweizer Aussenpolitik damit auseinandersetzen.

Als Aussenminister pflegen Sie viel Kontakt zu Amtskolleginnen und -kollegen. Wie eng sind diese Kontakte? Gibt es auch Beziehungen auf persönlicher Ebene? Zu den Aussenministern der Nachbarländer pflegt man engere Kontakte. Wir haben gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsräume. Was das bedeutet, haben wir im ersten Lockdown in Konstanz gesehen, als plötzlich die Grenze zu Deutschland geschlossen war, oder bei der Grenzgänger-Thematik in Genf oder im Tessin. Mit diesen Amtskollegen pflege ich auch eine persönliche Beziehung. Wir telefonieren unkompliziert, insbesondere wenn es Herausforderungen gibt.



Ignazio Cassis ist erst der fünfte Tessiner Bundespräsident.

Das EDA engagiert sich stark in der sogenannten Wissenschaftsdiplomatie. Worum handelt es sich und was sind die Ziele? Das Projekt rief ich vor drei Jahren mit Unterstützung des Bundesrats sowie Kanton und Stadt Genf ins Leben, um dem internationalen Genf einen neuen Impuls zu verleihen. Im 21. Jahrhundert kommen auf das internationale Genf neue Herausforderungen zu: ultraschnelle Entwicklungen von neuen Technologien wie zum Beispiel Robotersoldaten, die autonom Krieg führen können, selbstfahrende Autos oder Quantum Computing. Das bedeutet für die Menschheit grosse Chancen, aber auch Herausforderungen. Es geht darum zu analysieren, woran heute geforscht wird und zu antizipieren, welche neuen Technologien daraus entstehen könnten. Der Mensch muss im Zentrum bleiben und Risiken müssen möglichst unter Kontrolle gehalten werden. Wir brauchen deshalb Wissenschaftler, die uns sagen, wohin sich die Welt bewegt. Gleichzeitig müssen Diplomatie und Politik sagen: Wenn das in zehn Jahren Realität ist, was muss man bezüglich Regulierung und Umgang vorbereiten, um diese technologischen Innovationen in die Gesellschaft zugunsten des Einzelmenschen zu integrieren. Das nennt man Wissenschaftsdiplomatie (science-diplomacy), und ich freue mich sehr, dass wir darin dank der von uns gegründeten Stiftung GESDA Fortschritte erzielen. Ich bin überzeugt: das internationale Genf wird somit zum internationalen Hub für die Antizipation neuer Technologien werden.

In der Entwicklungshilfe möchte das EDA private Unternehmen stärker einbinden. Wie funktioniert das konkret? Wir wollen in den Entwicklungsländern Perspektiven vor Ort schaffen. Junge Leute haben eine Perspektive, wenn sie Arbeit haben, ihren Lebensunterhalt bestreiten und eine Familie gründen können. Das ist nur möglich, wenn es Investitionen und Wirtschaftswachstum gibt, was



In seinem Amtsjahr will er vor allem Zeit in der Schweiz verbringen. Fotos: Désirée Dittes

voraussetzt, dass der Staat stabil ist und für gute Rahmenbedingungen sorgt. Arbeitsplätze werden von der Privatwirtschaft geschaffen. Daher ist die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft von grosser Bedeutung. Sie schafft Perspektiven für die jungen Menschen.

Vorhin haben wir bereits über das Tessin gesprochen. Wie ist Ihre Beziehung zu den Tessiner Parlamentariern und der Kantonalpartei? Gibt es einen regelmässigen Austausch? Seit meinem Amtsantritt führe ich einen regelmässigen politischen Dialog mit der italienischsprachigen Deputation in den eidgenössischen Räten. Das geht über den Kanton Tessin hinaus, da wir in unserer Partei mit Anna Giacometti auch eine italienischsprachige Vertreterin aus dem Kanton Graubünden haben. Mit ihr und den acht National- und zwei Ständeräten aus dem Tessin treffe ich mich einmal pro Session. Wir diskutieren über Grenzbeziehungen und weitere Themen, die alle Parteien gemeinsam haben. Den gleichen regelmässigen politischen Dialog pflege ich zudem mit den Kantonsregierungen des Tessins und Graubündens.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz im Jahr 2022? Zunächst wünsche ich mir Ruhe, Geduld, Kraft und Mut, um der Covid-19-Pandemie, die uns ungeduldig und wütend macht, entgegenzutreten. Ich glaube fest daran, dass man in solchen Momenten die Zähne zusammenbeissen muss und sich nicht spalten lassen darf. Ich bin überzeugt, dass wir diese Krise überwinden, wenn wir zusammenhalten.

Interview: Fanny Noghero und Marco Wölfli

«Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen.»

Schauen Sie das ganze Interview als Video.



Beat Walti gibt sein Amt als Fraktionspräsident im Februar nach viereinhalb Jahren ab.

Foto: Désirée Dittes



In einer von Corona geprägten ersten Hälfte der Legislatur und unter schwierigen Umständen konnte die FDP im Parlament diverse Erfolge verbuchen. Sie bilden eine gute Grundlage für die weitere Arbeit bis zu den Wahlen 2023, die mit einer neuen Partei- und Fraktionsleitung in Angriff genommen wird.

Eine klassische Legislatur-Halbzeitbilanz beginnt typischerweise mit einer Auflistung der Erfolge und endet mit dem Ausblick auf die kommenden Herausforderungen bis zum Legislatur-Ende. Doch in dieser von Corona geprägten Legislatur ist so vieles anders gekommen als geplant, da darf auch in der Halbzeit-Bilanz die Abfolge etwas verschoben werden. Denn geprägt wurden die Partei und die Fraktion in den letzten Monaten auch durch personelle Entscheidungen.

Petra Gössi hat unsere Partei bis im vergangenen Oktober mit viel Herzblut, liberalem Kampfgeist und Mut geführt, und ich habe die konstruktive Zusammenarbeit mit ihr immer sehr geschätzt. Ein Präsidiumswechsel löst andererseits immer auch neue Impulse in der Parteiorganisation aus. Das neue Parteipräsidium rund um Thierry Burkart hat denn auch bereits erste Ausrufezeichen gesetzt und es ist ein gewisser «Ruck» durch die Partei gegangen. Mit den Erfolgen bei den Wahlen im Kanton Freiburg und den ersten positiven Wahlumfragen zum Beginn der zweiten Legislaturhälfte stimmt die Richtung definitiv und ist vielversprechend im Hinblick auf die Wahlen 2023. Mein Entscheid, das Fraktionspräsidium auf die kommende Frühlingssession hin abzugeben, steht denn auch in keinerlei Zusammenhang mit dem

Präsidiumswechsel. Er ist schon früher gereift, und ich halte den Zeitpunkt für günstig, mich nach 4,5 Jahren in dieser spannenden Leitungsfunktion wieder vermehrt auf die Arbeit in den – vor allem wirtschaftspolitischen – Dossiers zu konzentrieren.

Rückblick in Zeiten der Corona-Krise

Wie bereits angetönt, hat die 51. Legislatur zwar im Winter 2019 regulär ihren Lauf genommen, der Parlamentsbetrieb wurde dann aber durch den Corona-Ausbruch in der Schweiz massiv durchgeschüttelt. Höhepunkt im negativen Sinne war der bisher einmalige Sessionsabbruch in der Geschichte der Schweiz nach der zweiten Woche der Frühlingssession 2020. Vor allem die institutionellen Folgen der – regelkonformen – weitreichenden «Aushebelung» des Parlamentes und der Machtverlagerung zur Exekutive hat Nachwehen produziert, die an diversen Stellen bis heute erkennbar sind. Solche Krisen sind aber immer auch als Chance und Katalysator für Veränderungen zu sehen, was unter anderem bei der Digitalisierung des Parlamentsbetriebes sichtbar wurde.

Unerwartete, aber umso erfreulichere Erfolge

Wichtigere und vor allem erfreulichere Veränderungen waren hingegen die diversen inhaltlichen

Erfolge der FDP-Liberalen-Fraktion in der ersten Legislaturhälfte, die trotz erschwelter Umstände zustande kamen. Speziell in der Wirtschaftspolitik konnte die FDP trotz oder vielleicht wegen der Corona-Krise einige davon erringen. Vor allem angesichts des viel zitierten Linksrutschs bei den Wahlen 2019 war kaum absehbar, dass innerhalb der ersten zwei Jahre dieser Legislatur unter anderem die Abschaffung der Industriezölle, die Reform der Verrechnungsteuer und die erste Etappe der Abschaffung der Stempelabgabe erfolgreich durchs Parlament gebracht werden würden. Dieser für den Wirtschaftsstandort zentrale Abbau von Abgabebelast und Bürokratie, der auf Vorstösse der FDP-Liberalen-Fraktion zurückgeht, konnte auch dank einer funktionierenden bürgerlichen Zusammenarbeit in beiden Räten erreicht werden.

Einen weiteren (Zwischen-) Erfolg konnte die FDP bei den wichtigen Reformen in der Altersvorsorge feiern. Mit der erfolgreichen Verabschiedung der AHV21-Vorlage wurde immerhin ein erster Etappensieg errungen, der in der zweiten Hälfte der Legislatur noch vollendet werden muss. So wird die Stimmbevölkerung im Herbst 2022 über die AHV21 abstimmen und bereits jetzt ist klar, dass die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau zu emotionalen Debatten führen wird. Umso hilfreicher ist da der bürgerliche Kompromiss, der dank der FDP weitsichtiger und ausgewogener als die Vorlage des Bundesrates ausgefallen ist. Ähnliches muss uns auch bei der BVG-Reform gelingen, die als eines der zentralen Geschäfte die parlamentarische Arbeit bis zu den Wahlen 2023 prägen wird. Auch hier konnte bereits ein guter Grundstein im Nationalrat als Erstrat gelegt werden – nun gilt es, auch im Ständerat und in der anschliessenden Differenzvereinbarung der destruktiven linken Opposition gegen jede strukturelle Sanierung der Vorsorgewerke eine überzeugende und mehrheitsfähige Lösung entgegenzusetzen.

Positiven Trend nutzen

Die FDP konnte insgesamt eine gute Grundlage schaffen, damit auch die zweite Legislaturhälfte – auch mit dem Schwung einer neuen Partei- und Fraktionsleitung – zu einem Erfolg wird. Nun gilt es, diesen positiven Trend auszunutzen und die diversen anstehenden Dossiers im Parlament mit liberalen Lösungen zu prägen. Und davon gibt es viele, wenn man neben der Vorsorge auch an die Reformen infolge der OECD-Mindestbesteuerungsregeln denkt oder an die Klima- und Energiepolitik mit der Neuauflage des CO₂-Gesetzes oder der Vorlage zur Stromversorgungssicherheit. Wir müssen und wollen am Ball bleiben!

Beat Walti,
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Didier Castella (links) und Romain Collaud sind die FDP-Vertreter im Staatsrat Freiburg. Fotos: FDP



Rückenwind für die die neue Legislatur

FDP Freiburg gewinnt die Wahlen

Die kantonalen Wahlen waren für die FDP Freiburg ein Erfolg. Kantonalparteipräsident Sébastien Dorthe will den Schwung nutzen, um liberale Lösungen in Freiburg umzusetzen und mit guten Köpfen die positive Grundstimmung in der Partei weiterzuführen.

Wenn Anfang Februar die erste ordentliche Session des Grossen Rates des Kantons Freiburg stattfindet, dürfen die Freisinnigen das altherwürdige Rathaus mit viel Selbstvertrauen betreten. Bei den Grossratswahlen Anfang November 2021 erhöhte die FDP ihre Sitzzahl um 2 auf 23 und ist nun im 110-köpfigen Kantonsparlament die zweitstärkste Kraft. Im Hinblick auf die neue Legislatur bildet die FDP mit den drei GLP-Vertretern eine gemeinsame Fraktion, die somit auch die grösste im Rat ist. Drei Wochen nach den erfolgreichen Grossratswahlen konnte die FDP Freiburg im zweiten Wahlgang der Staatsratswahlen nachdoppeln und ihre beiden Sitze in der siebenköpfigen Kantonsregierung verteidigen. Der bisherige FDP-Staatsrat Didier Castella holte dabei von allen neun Kandidierenden die meisten Stimmen. Ebenfalls ein tolles Resultat erzielte der zweite Freisinnige Romain Collaud, der auf dem dritten Rang landete und den zurückgetretenen Maurice Ropraz ersetzte.

Für Nachwuchs ist gesorgt

Für Sébastien Dorthe, Präsident der FDP Freiburg, sind die erfolgreichen Wahlen das Resultat einer langfristigen Strategie: «Seit 2012 fokussieren wir uns darauf, dass die FDP nah bei den Leuten ist und unsere gewählten Vertreter konkrete Themen bearbeiten. Die Freiburger FDP-Familie ist dynamisch und präsent. Ein wichtiges Element ist auch, dass die Schlüsselpositionen der FDP Freiburg jung und vielfältig besetzt sind.» Im Wahlkampf konzentrierte sich die FDP auf 20 Vorschläge, die auf fünf Themenbereichen basieren und in der kommenden Legislatur umgesetzt werden sollen. Nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch markierte die FDP Präsenz: «Wir haben das Erscheinungsbild der Kampagnen aller 110 Kandidaten und der zwei Staatsratskandidaten vereinheitlicht. So war die Marke FDP im ganzen Kanton auf den ersten Blick erkennbar», erklärt Dorthe.

Im Hinblick auf die kommende Legislatur will Dorthe den gewachsenen Einfluss seiner Partei



Die FDP verfügt in der neuen Legislatur im Rathaus (vorne) über mehr Einfluss. Foto: iStock/Bogdan Lazar

konstruktiv nutzen, ohne zu überborden: «Dank mehr Kommissionssitzen können wir unsere Positionen sicher besser einbringen. Aber wir müssen auch bescheiden bleiben und insbesondere mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, damit wir im Kanton Freiburg liberale Politik umsetzen können.»

Nah bei den Leuten – online und analog

In den nächsten Monaten finden in verschiedenen Kantonen Wahlen statt und bis zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 dauert es nicht mal mehr zwei Jahre. Der Präsident der Kantonalpartei ist überzeugt, dass sich die Rezepte des Freiburger Wahlkampfes auch bei anderen Wahlen anwenden lassen: «Die Mandatsträger und Mitglieder sind sichtbar und im Kontakt mit der Bevölkerung. Wir stehen für konkrete Lösungen ein, die von allen mitgetragen werden, und unser Programm hat eine klare Linie, bleibt aber entwicklungsfähig.» Zudem verstärkte die FDP Freiburg in den letzten Jahren ihre Präsenz auf Social Media und betrieb dort eine aktive Kommunikation. Zu guter Letzt sei es aber ebenso wichtig, innerhalb der Partei eine positive Stimmung zu kreieren, sagt Dorthe. «Die Stärkung der FDP-Familie ist eine Daueraufgabe. Unsere Mitglieder sollen stolz darauf sein, sich bei der FDP zu engagieren – die Partei, die gewinnt, aber vor allem Lösungen anbietet.»

Marco Wölfli

Die letzte Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen fand in Zürich statt. Fotos: JFS



Erschwerte Unterschriftensammlung

Zahlreiche Jungfreisinnige waren auf der Strasse unterwegs

An ihrer Delegiertenversammlung vom 27. November 2021 haben die Jungfreisinnigen Schweiz (JFS) die Parolen zu den letzten zwei von vier nationalen Vorlagen, über die am 13. Februar 2022 abgestimmt wird, gefasst. Gastgeber der Delegiertenversammlung war die Swiss Re am Mythenquai in Zürich. Weiter brachte das Referendum gegen das neue Filmgesetz («Lex Netflix») unzählige Jungfreisinnige auf die Strassen.

Die Tabakwerbeverbotsinitiative kommt einem Totalverbot von Tabakwerbung gleich. Es geht nicht an, dass legale Produkte nicht mehr beworben werden dürfen. Mit einem Tabakwerbeverbot wird ein Präzedenzfall geschaffen. Verbote dieser Art können in Zukunft die Fleisch- oder Flugwerbung betreffen. Generell ist die Tabakwerbung kein Treiber für den jugendlichen Tabakkonsum.



Klares Ja zum Stempelsteuergesetz.

Die Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative führt ihrerseits zu einer massiv schlechteren Gesundheitsversorgung in der Schweiz. Sie ist verheerend für die Schweizer Forschung und deren Innovationen. Der Schweizer Forschungs- und Ausbildungsstandort droht ins Ausland verlagert zu werden.

Nein zum Medienpaket und Ja zur Abschaffung der Stempelabgabe

Zu den weiteren zwei Abstimmungsvorlagen haben die JFS ihre Parolen bereits zu einem früheren Zeitpunkt gefasst. Das geplante Massnahmenpaket zugunsten der Medien ist nicht nur Gift für die Meinungsfreiheit und die Meinungsvielfalt in der Schweiz, sondern unterminiert auch die Stellung der Medien als vierte Gewalt im Staate. Hinzu kommt, dass für solche Subventionen keine hinreichende Verfassungsgrundlage besteht, namentlich nicht für Onlinemedien.

Bezüglich der Emissionsabgabe auf Eigenkapital sind sich die JFS einig, dass es sich um einen alten Zopf handelt, der die gesamte schweizerische Volks-

wirtschaft unnötig bremst. Durch die Abschaffung der Emissionsabgabe werden wichtige Anreize und Impulse für zusätzliche Investitionen in und durch hiesige Unternehmen geschaffen. Im Übrigen beklagen die JFS, dass das Parlament die Teilabschaffung der Umsatzabgaben auf inländischen Wertschriften und auf ausländischen Obligationen wegen Drohgebärden seitens Rot-Grün und der Gewerkschaften nicht umgesetzt hat.

«Lex Netflix»: Omikron erschwert Unterschriftensammlung

Nach einem fulminanten Start im Oktober und von einer äusserst breiten Medienpräsenz begleitet, sahen sich das Komitee «Filmsteuer Nein» rund um die Jungfreisinnigen, die Junge SVP und die Junge GLP mit unausweichlichen Herausforderungen konfrontiert: Die Omikron-Variante rollt über die Schweiz und zwingt etliche Mitglieder, zu Hause zu bleiben. Zur Eindämmung der Pandemie beschloss der Bundesrat kurz vor Weihnachten erneut eine Homeoffice-Pflicht sowie weitere Massnahmen. Für die Sammlung sind diese vernichtend. Den widrigen Umständen zum Trotz haben sich Hunderte JFS-Mitglieder in der ganzen Schweiz so gut es geht auf die Strassen begeben und bei Minustemperaturen Unterschriften gegen das neue Filmgesetz gesammelt. Das Engagement wird sich hoffentlich auszahlen. Unter Vorbehalt des Zustandekommens kommt die Vorlage im Frühling vors Volk.

Swen Gaberthüel
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

Claude Meier ist Direktor von HotellerieSuisse und kandidiert für den Grossen Rat des Kantons Bern.



Tourismuskirtschaft – Aus der Krise in die Zukunft

Gefragt sind Innovation und gute Rahmenbedingungen

Februar ist normalerweise Hochsaisonzeit im Schweizer Wintersport-Tourismus. Die entsprechende positive Stimmung ist aber getrübt. Nicht nur in den Bergen, sondern noch viel mehr in den Schweizer Städten. Die Pandemie macht auch im Jahr drei dem Tourismus schwer zu schaffen.

Der Schweizer Tourismus ist ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Volkswirtschaft. Im Jahr 2019 betrug die Bruttowertschöpfung des Schweizer Tourismus rund 19,5 Mrd. Franken. Dies entspricht 2,8 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung der Schweiz. Die Tourismuskirtschaft ermöglicht in den Schweizer Städten, auf dem Land wie in den Bergen wichtige Arbeitsplätze. Allein das Gastgewerbe beschäftigt rund 240 000 Mitarbeitende.

Krise trifft Tourismus hart

Der Tourismus zählt zu denjenigen Sektoren, welche am härtesten von den wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie betroffen sind. Im Jahr 2019 konnten noch rund 40 Millionen Logiernächte in der Schweizer Hotellerie verbucht werden, im Jahr 2020 dann ein massiver Rückgang von 40 Prozent. Auch für das Jahr 2021 ist ein Rückgang von gegen 30 Prozent im Vergleich zum Vorkrisenjahr auszuweisen. Für viele Arbeitgebende wie Arbeitnehmende sind dies ökonomisch wie emotional sehr herausfordernde Zeiten.

Unternehmerisch sich anpassen

Der gesamtgesellschaftliche Digitalisierungsschub der vergangenen zwei Jahre wird den Business-Tourismus nachhaltig verändern. In der internationalen Geschäftswelt wird in Zukunft nicht mehr für jedes mögliche Meeting von London nach Genf oder von Paris nach Zürich gereist. Macht auch ökologisch völlig Sinn. Zudem werden gemäss gemachten Homeoffice-Erfahrungen Berufswelt und Freizeit bei vielen künftigen Gästen weiter enger verschmelzen. Die Tourismusunternehmen stellen sich diesen neuen Gästebedürfnissen und passen sich an. Mit Innovationsgeist und Qualität, der merklich höheren Integration von Technologie und Nutzung von digitalen Möglichkeiten, klaren unternehmerischen Positionierungen im Markt und mit deutlich höheren Standards bezüglich der Nachhaltigkeit.

Auch die Politik ist gefordert

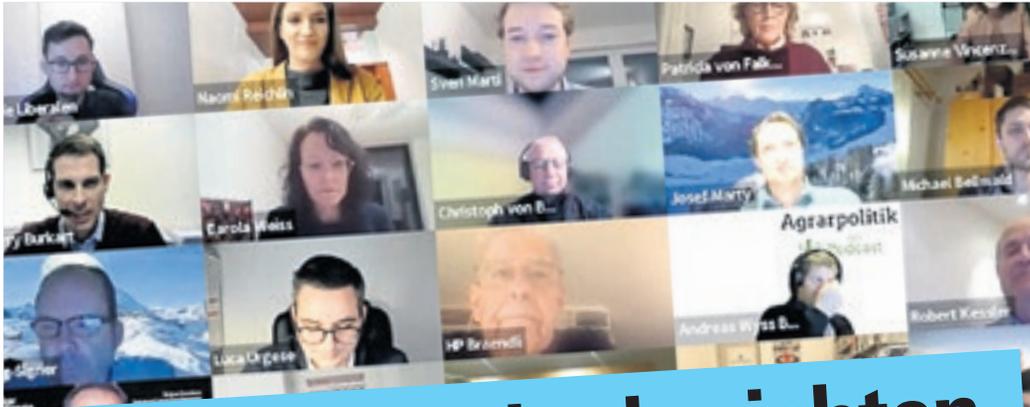
Solange die öffentliche Hand aufgrund der Pandemie staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit mittels Quarantänen, Einreisehindernissen, Schutzkonzept-

Vorgaben und einigen mehr vornimmt, sind die darunter leidenden Unternehmen über Härtefallgelder zu unterstützen. Mittel- bis langfristig braucht es weiter eine Politik, welche Tourismus – gerade in den Städten – nicht abwürgt oder behindert, sondern zulässt und fördert. Mit der Annahme des Zweitwohnungsgesetzes und den damit verbundenen wirtschaftlichen Einschränkungen braucht es im Interesse des Bergtourismus die nötige Unterstützung, um den Strukturwandel in den Bergregionen zu fördern und nicht weiter zu bremsen. Als standortgebundene Exportwirtschaft und personalintensiver Wirtschaftssektor sind wir darauf angewiesen, dass der Faktor Arbeit nicht ständig durch Steuern und Abgaben weiter belastet wird. Um das inländische Fachkräftepotenzial für den Tourismus besser auszuschöpfen, sind weitere Investitionen und Anreize zur Förderung für das lebenslange Lernen gerade im Bereich der Basisqualifikationen und der beruflichen Grundbildung nötig. Es gilt jetzt, die Chancen zu erkennen und das Tourismusland Schweiz auf die Zeit nach der Krise vorzubereiten.

Claude Meier
Direktor HotellerieSuisse
und FDP-Grossratskandidat Stadt Bern
www.meier-claude.ch

Digitaler Sessionsrückblick

Grosses Interesse am letzten digitalen Sessionsrückblick im Dezember.



Parlamentarier berichten aus Bundesbern

Persönlicher Austausch nach jeder Session

Im letzten Jahr wurde der digitale Sessionsrückblick lanciert. Dieser fand viel Zuspruch und wird daher auch im neuen Jahr regelmässig durchgeführt.

Beim digitalen Sessionsrückblick wird gemeinsam die jeweilig vergangene Session resümiert. So beispielsweise beim letzten Treffen am 20. Dezember 2021, an dem Parteipräsident Thierry Burkart und die neue Nationalrätin Patricia von Falkenstein ihre Erlebnisse zum Besten gaben. Ebenfalls dazu gehört ein thematischer Schwerpunkt, bei wel-

chem Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher die Initiative zur Individualbesteuerung vorgestellt hat.

Fragerunde und Diskussion

Einen besonderen Fokus erhalten dabei die offene Fragerunde und die gemeinsame Diskussion. Da-

bei wird versucht, auf so viele Inputs der Teilnehmenden einzugehen wie möglich. Die anwesenden Parlamentarier und Gäste freuen sich über jede Frage und geben gerne diverse Anekdoten aus dem Sessionsalltag preis.

Verpassen Sie daher den nächsten digitalen Sessionsrückblick auf keinen Fall. Dieser findet immer am Montag nach der Session, von 18 bis 19 Uhr, statt. Tragen Sie sich jetzt in den Newsletter ein, um über künftige Treffen stets informiert zu bleiben. Scannen Sie dazu den QR-Code mit Ihrem Smartphone.

Philipp Gasser

Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner

Digitale Sessionsrückblicke im Jahr 2022

Montag, 21. März

Montag, 20. Juni

Montag, 3. Oktober

Montag, 12. Dezember



FDP
Die Liberalen

Wollen wir ein Nanny-Staat?

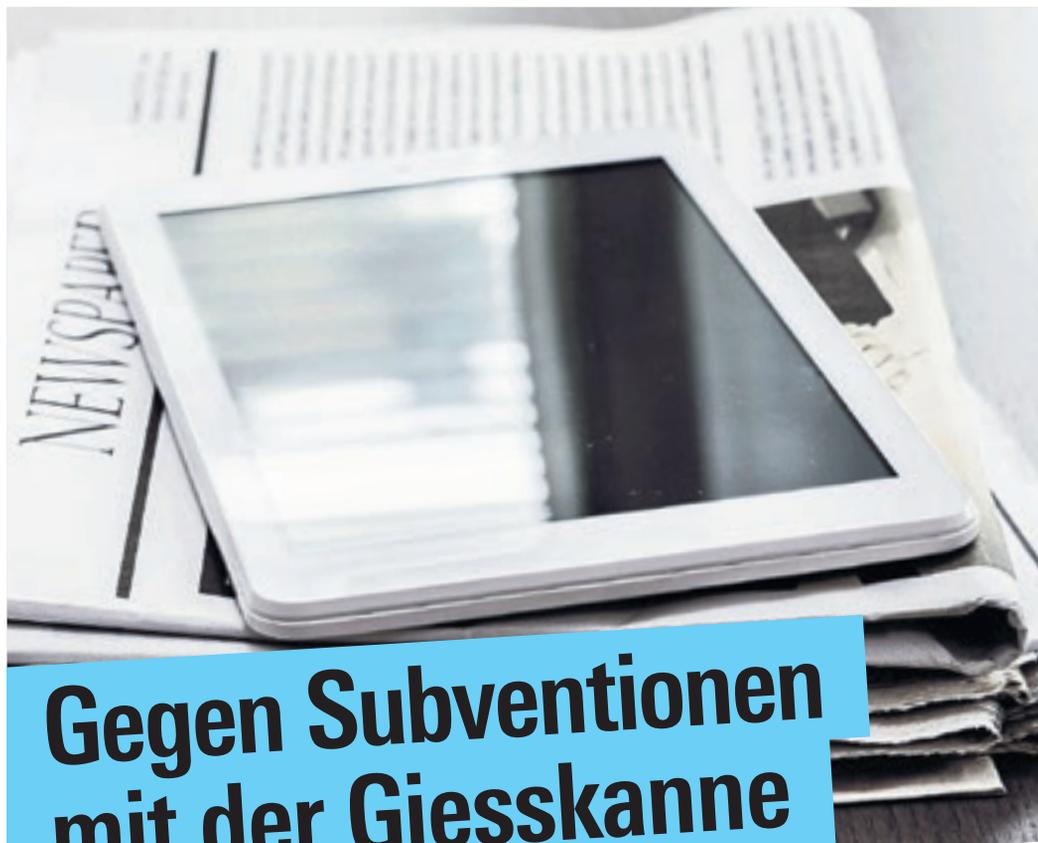
NEIN zur
Tabakwerbe-
verbot-Initiative

am 13. Februar 2022



Sowohl digitale wie auch gedruckte Medien würden in den Genuss üppiger Fördergelder kommen.

Foto: iStock/seb_ra



Gegen Subventionen mit der Giesskanne

Nein zum Mediengesetz

Das Medienpaket, das vom Parlament verabschiedet wurde, ist eine gravierende Fehlkonstruktion. Die überbordenden Subventionen für die Medien erschweren der Branche ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat und hemmen Innovationen.

Die indirekte Medienförderung wie zum Beispiel die ermässigte Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften sowie das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) wurden von der FDP stets unterstützt. Bei der jetzigen Vorlage wurde jedoch völlig übers Ziel hinausgeschossen und ein verheerendes Mediengesetz gezimmert. Statt den privaten Medien mehr Raum zu geben, sollen alle Mediengattungen einfach reichlich mit Geld überschüttet werden. In der indirekten Förderung sind 120 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen. Diese Giesskannen-Subventionen für die sogenannte vierte Gewalt sind störend. Wenn Medien sich an den Staatstropf hängen wollen, verlieren sie ihre Unabhängigkeit.

Gut situierte Verlagshäuser

Doch warum der Ruf nach Staatsgeldern? Angesichts der soliden Ergebnisse der Medienhäuser eine Frage, die sich nicht beantworten lässt. Trotz Corona-Pandemie schreiben alle Medienhäuser

äusserst solide Zahlen. Es gibt keinen Grund für Staatsgelder. Selbst die Nachrichtenagentur SDA ist finanziell stark unterwegs. Zwar resultiert im Geschäftsjahr 2020 ein Verlust von 1,62 Mio. Franken, doch in den drei Vorjahren wurde ein Gewinn von insgesamt 6,43 Mio. Franken erzielt. Erst kürzlich im Jahr 2018 nach der Fusion mit Keystone liessen sich die Aktionäre (Medienhäuser) eine satte Sonderdividende von 12 Mio. Franken auszahlen. Um die SRG muss man sich sowieso nicht sorgen. Diese kriegt unabhängig vom Mediengesetz weiterhin 1,2 Mrd. Franken. Hinzu kommen 180 Mio. Franken aus Sponsoring und Werbung.

Geldschwemme für Online-Medien

Grotesk mutet die neue Medienzüchtung im Bereich der Onlinemedien an. Es ist im Gesetz vorgesehen, dass ein solches Medium für jeden Franken Umsatz bis zu 60 Rappen gleich noch aus der Staatskasse dazu erhält, insgesamt 30 Mio. Fran-



«Beissen die Medien noch die Hand, die sie füttert? Wohl kaum.»

Christian Wasserfallen
Nationalrat BE

ken pro Jahr. Waren Onlinemedien bis jetzt ohne Staatsgelder etwa nicht überlebensfähig? Das ist brandgefährlich und führt in unumkehrbare Abhängigkeiten vom Staat.

Fast hilflos, wenn nicht sogar rückwärtsgewandt mutet die Dauer der Gesetzgebung an. Bis diese in Kraft gesetzt und die Gültigkeitsdauer von sieben Jahren vorbei ist, schreiben wir bald das Jahr 2030. Der Bundesgesetzgeber definiert im äusserst dynamischen Umfeld also eine fixe Medienwelt bis Ende des Jahrzehnts. Darüber kann man nur den Kopf schütteln, wenn man in Betracht zieht, dass erst 2007 zum Beispiel das erste iPhone auf den Markt kam und die ganze Medienwelt völlig umkremelte. Was ist in fünf Jahren oder gar 2030? Niemand weiss es genau. Fakt ist, dass dieses starre Gesetz mit dem medialen Wandel niemals Schritt halten kann. Es droht ein Stillstand. Fakt ist aber auch, dass in der Schweiz eine einmal eingeführte Subvention nie mehr abgeschafft wird. Deshalb ist ein Nein zum missratenen und rückwärtsgewandten Mediengesetz zentral für das Funktionieren der vierten Gewalt im Staat. Nur unabhängige Medien beissen zu. Manchmal schmerzt das auch mich. Das ist gut so.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE



Unternehmertum jetzt stärken

Ja zur Abschaffung der Emissionsabgabe
auf Eigenkapital

Mit einem Ja am 13. Februar kann die Schweiz eine längst überholte Steuer endlich abschaffen und gleichzeitig KMU, Start-ups und weitere Unternehmen in der aktuell schwierigen Lage stärken. Die FDP forderte bereits vor über zehn Jahren die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuern. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern.

Praktisch alle Unternehmen, vom Start-up über KMU bis zu Grossfirmen, erhöhen im Laufe ihrer Tätigkeit ihr Eigenkapital. Tun sie dies, müssen die Unternehmen eine Emissionsabgabe in der Höhe von 1 Prozent auf die Eigenkapitalerhöhung bezahlen. Dieselbe Steuer wird fällig, wenn Unternehmen gegründet werden und Eigenkapital benötigt wird. Die Emissionsabgabe, eine von drei in der Schweiz existierenden Stempelabgaben, ist ein Relikt. Sie wurde 1917 zur Deckung der Mobilisationskosten eingeführt und passt nicht mehr ins Steuersystem des 21. Jahrhunderts. Vergleichbare Abgaben, die es in wenigen anderen europäischen Ländern noch gibt, funktionieren nach anderen Prinzipien. Sie beschränken die negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Einzig die Schweiz erhebt eine Emissionsabgabe auf Eigenkapital.

Eigenkapital macht widerstandsfähig

Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schwei-

zer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern. Die Emissionsabgabe auf Fremdkapital wurde bereits vor zehn Jahren abgeschafft. Somit besteht ein bedenkliches Ungleichgewicht zwischen Fremd- und Eigenfinanzierung. Wer sich verschuldet, wird belohnt. Wer auf Eigenfinanzierung setzt, wird mit einer Abgabe bestraft. Der Bundesrat hat wiederholt erklärt, dass er die Emissionsabgabe für standortschädlich und obsolet hält. Zudem sind Unternehmen mit gut bemessenem Eigenkapital gegenüber fremdfinanzierten Betrieben in einer Krise widerstandsfähiger.

KMU und Start-ups sind besonders betroffen

Die neusten Zahlen des Bundesrates zeigen, dass über 2000 Unternehmen eine Emissionsabgabe bezahlen, davon sind fast 90 Prozent KMU. Die Freigrenze für die Abgabe liegt bei 1 Mio. Franken. Diese Freigrenze gilt für das gesamte Kapital, das während der Lebensdauer eines Unternehmens eingebracht wird und nicht für jede Kapitalerhö-



hung neu. Demnach ist ein Unternehmen, das mit 500 000 Franken Kapital gegründet wird und in den Folgejahren das Eigenkapital erhöhen will, rasch steuerpflichtig. Das trifft viele KMU und Start-ups im ungünstigsten Moment. Für Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind, wiegt die Emissionsabgabe besonders schwer. Gerade in Krisenzeiten müssen Unternehmen ihr Eigenkapital erhöhen, um Verluste auszugleichen und Widerstandskraft aufzubauen. Grosse Schweizer Unternehmen können sich über ihre ausländischen Töchter im Ausland finanzieren – ohne Stempelsteuer! KMU und Start-ups, welche diese Möglichkeit nicht besitzen, werden hingegen für ihre unternehmerischen Tätigkeiten mit einer Abgabe bestraft.

Abschaffung ist eine Investition in den Werkplatz Schweiz

Ungemach droht auch durch die angekündigte Reform der OECD, die Mindeststeuern für Unternehmen vorsieht. Damit das Schweizer Erfolgsmodell weiterhin Bestand hat, müssen die Wettbewerbsfähigkeit und der Werkplatz gestärkt werden. Eine im Juli 2019 erschienene Studie von BAK Economics kommt zum Schluss, dass sich die Abschaffung der Emissionsabgabe, gekoppelt mit einer Reform der Verrechnungssteuer, auch für die Staatskasse ausbezahlen würde. Das BIP der Schweiz würde über zehn Jahre zusätzlich um rund 1,4 Prozent steigen. Das entspricht ungefähr 22 000 neuen Vollzeitstellen. Demgegenüber kostet die Emissionsabgabe die Unternehmen derzeit rund 250 Mio. Franken pro Jahr! Die Abschaffung dieser standortschädlichen, überholten Steuer ist daher eine Investition in Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Bundesrat, das Parlament sowie die freisinnige Fraktion unterstützen die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Mit Ihrem Ja am 13. Februar stärken Sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sowie den Schweizer Werkplatz.

Thierry Burkart, Ständerat AG

Die FDP kämpft gegen Werbeverbote.

Foto: iStock/vlado85rs



Es droht ein faktisches Werbeverbot

Nein zur extremen Tabak-Initiative

Am 13. Februar stimmen wir über die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» ab. Dass Kinder nicht rauchen sollen, ist unbestritten. Die Initiative ist jedoch überflüssig und extrem und darum klar abzulehnen.

Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» verlangt das Verbot jeder Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Faktisch bedeutet dies ein komplettes Werbeverbot, und zwar nicht nur für klassische Zigaretten oder Zigarren, sondern auch für neue Ersatzprodukte wie elektronische Zigaretten. Begründet wird dies damit, dass Jugendliche vor allem deshalb zu rauchen begännen, weil sie gezielt der Werbung ausgesetzt würden.

Jugendschutz bereits gewährleistet

Um es gleich vorwegzunehmen: Niemand ist dafür, dass Kinder und Jugendliche rauchen. Die schädlichen Auswirkungen des Rauchens sind umfassend dokumentiert, ebenfalls ist das Suchtpotenzial bekannt. Viele Erwachsene, die rauchen, taten dies bereits als Jugendliche. Gar nicht erst mit Rauchen zu beginnen, ist somit unbestrittenermassen sinnvoll. Das Parlament hat deshalb auch bereits Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen getroffen. Diese sind im neuen Tabakproduktegesetz enthalten, welches unabhängig von der Initiative in Kraft tritt. Es sieht ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an unter 18-Jährige vor und die Möglichkeit, zur Durchsetzung dieses Verbots Testkäufe durchzuführen. Ebenfalls verboten ist Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, sowie unter anderem in

Kinos, auf Plakaten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. In Radio und Fernsehen darf bereits heute nicht für Zigaretten geworben werden. Die Initiative ist also erstens überflüssig.

Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit

Zweitens und aus liberaler Sicht wohl fast bedeutender: Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen, denn sie stellen einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Zigaretten sind im freien Verkauf in jedem Kiosk, an jeder Tankstelle, in Restaurants etc. erhältlich. Es muss deshalb den Unternehmen, die diese produzieren, auch möglich sein, sie zu bewerben. Es geht nicht an, für ein Produkt, das aus Sicht gewisser Gruppen unerwünscht ist, faktisch die Kommunikation mit potenziellen Kunden zu verbieten. Da wäre es ehrlicher, gleich die Produktion und den Vertrieb und womöglich auch den Konsum eines solchen Produktes zu verbieten, letztlich wohl auch das, was die Initianten eigentlich bezwecken. Das Beispiel Tabakwerbeverbot scheint jedoch Schule zu machen. Bereits hört man Forderungen nach Werbeverböten für Fleisch. Die Tendenz, der Bevölkerung vorschreiben zu wollen, was sie essen, trinken, konsumieren darf (Stichworte «weniger Fett», «weniger Zucker»), zeigt sich vermehrt in Verboten von Marketingmassnahmen und nicht in direkten Produktever-



«Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen.»

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

boten. Auch diesem Vorgehen durch die Hintertür ist entschieden Einhalt zu gebieten.

Werbung schafft auch Arbeitsplätze

Drittens ist die Initiative wirtschaftsschädlich. Werbebeschränkungen treffen immer auch die Werbeindustrie. Sie treffen aber nicht zuletzt auch die Medien, die auf Einnahmen aus Inseraten angewiesen sind. Gerade hier zeigt sich, wie extrem die Initiative ist: Selbst in Zeitungen und Zeitschriften wie der NZZ oder der «Bilanz» oder auch auf den Websites dieser Medien wären Werbung für Tabakprodukte verboten, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Kinder sie sehen. Und schliesslich, auch wenn es nicht gerne gehört wird, die Tabakindustrie schafft auch in der Schweiz Arbeitsplätze. Diese scheint man zu dulden – ebenso wie man die Einnahmen aus der Tabaksteuer für die AHV gerne entgegennimmt. Die Initiative ist letztlich somit auch ein wenig heuchlerisch.

Aus all diesen Gründen ist die Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» klar abzulehnen. Wo nötig, hat das Parlament gehandelt. Weitere Bevormundungen der Bevölkerung braucht es nicht.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Abstimmung

Die Initiative hätte negative Folgen für die Forschung in der Schweiz.

Foto: iStock/Niphon Khiawprommas

Extremes Begehren bedroht die Forschung

Nein zur Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative

Wenn Tierversuche in der Schweiz vollständig verboten werden, wäre der Schaden für den Forschungsstandort sowie die Gesundheitsversorgung gross. Bereits mit den heutigen hohen Standards gibt es verschiedene Bemühungen, Tierversuche zu reduzieren.

Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» zielt darauf ab, alle Tier- und Menschenversuche in der Schweiz zu verbieten. Darüber hinaus sollen auch der Handel, die Einfuhr und Ausfuhr von Produkten, die aus Tier- oder Menschenversuchen stammen, verboten werden. Selbst für Produkte, für die es keine Alternativen gibt. Es würde ausreichen, dass in einem einzigen Schritt des Prozesses ein Tier- oder Menschenversuch durchgeführt wurde, um das Produkt zu verbieten, unabhängig davon, ob dies dem Wohl des Menschen dient. Die Initiative betrachtet das Tier als unantastbar und stellt es über die Gesundheit des Menschen. Sie versteigt sich dazu, dass Tierversuche als Tierquälerei oder sogar als Verbrechen klassifiziert werden.

Gravierende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung

Wenn die Initiative angenommen würde, könnten neue Medikamente weder in der Schweiz entwickelt noch hierhin importiert werden. Bei einer Annahme ist mit schwerwiegenden Qualitätseinbu-

sen in der Behandlung zu rechnen. Die notwendigen Behandlungen oder Medikamente würden sich mittelfristig nur noch im Ausland finden lassen, und nicht jede und jeder wird sich den Luxus des Gesundheitstourismus leisten können. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Ohne Tier- und Menschenversuche wäre die Entwicklung des Impfstoffs gegen Covid-19 nicht möglich gewesen. Bei einer Annahme der Initiative wäre der Impfstoff in der Schweiz verboten, was die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie massiv verschärft hätte.

Forschungsstandort Schweiz in Gefahr

Die Schweiz ist ein wichtiger Forschungs- und Innovationsstandort. Bei einer Annahme der Initiative wäre dieser akut gefährdet und würde für Investoren unattraktiv. Durch die Verringerung der Standortattraktivität würden Arbeitsplätze gefährdet werden. Zur Erinnerung: Allein die Pharmaindustrie beschäftigt 46 500 Arbeitnehmende in der Schweiz. Dazu kommen die vor- und nachgelagerten Industriezweige und ihre Arbeitsplätze. Die Attraktivität des Schweizer Standorts ist somit



Matthias Michel setzt sich gegen die Initiative ein.

gefährdet. Dazu kommt, dass die Initiative gegen internationale Handelsabkommen verstösst, die die Schweiz unterzeichnet hat und einhalten muss.

Weniger Tierversuche als Ziel

Der Schutz von Tieren und ihr Wohlergehen ist ein Anliegen, das in der Schweiz ernstgenommen wird. So besteht bereits heute eine sehr strenge Gesetzgebung. Es werden auch verschiedene Projekte unterstützt, um Tierversuche zu reduzieren und schrittweise zu ersetzen. Mehrere Universitäten, die Pharmabranche, das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie der Schweizer Tierschutz tragen dazu bei. Mit der Initiative und ihren extremen und völlig realitätsfernen Forderungen würde man diese Projekte torpedieren. Auch aus diesem Grund lehnen alle erwähnten Kreise die Initiative deutlich ab.

Matthias Michel, Ständerat ZG

Lucio Sansano (vorne rechts) mit den Jungfreisinnigen Baselland nach einer erfolgreichen Sammelaktion zur Renteninitiative im Frühling 2021. Fotos: Jungfreisinnige Baselland



Politik auf der Strasse – Chance für den Freisinn

Wirksame Begegnungen beim Unterschriftensammeln

Lucio Sansano, Master-Mentee der FDP Schweiz, Präsident der Jungfreisinnigen Baselland und Wohnerrat der FDP Reinach, ist überzeugt: «Wir müssen den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Nur so gewinnen wir langfristig wieder an Wählergunst.»

Populismus? Für Freisinnige ein Fremdwort! Anders als gewisse Polparteien verzichtet die FDP auf polemisch geführte Kampagnen und bemüht sich stets sachlich um liberale Antworten auf die drängenden Fragen, die uns derzeit beschäftigen: Wie sichern wir unsere Altersvorsorge? Wie gelingt es uns, dass die Arbeitsplätze der Zukunft in der Schweiz geschaffen werden? Wie können wir das Netto-null-Ziel bis 2050 mit Anreizen, Fortschritt und neuen Technologien erreichen? Obwohl die Art und Weise des Politisierens der FDP ein Mitgrund war, weshalb ich der Partei vor rund drei Jahren beigetreten bin, bin ich der festen Überzeugung, dass es nicht mehr reicht, Positionen an Parteitagen, Mitgliederversammlungen oder Vorstandstreitungen zu beschliessen und in politischen Gremien hinter verschlossener Türe zu politisieren. Dies überzeugt die Bevölkerung nicht (mehr) von unseren liberalen Antworten.

Den direkten Austausch suchen

Wir Jungfreisinnige waren mit kurzer Corona Pause über 1,5 Jahre auf der Strasse und haben Unter-

schriften für unsere Renteninitiative gesammelt, die eine nachhaltige und eben liberale Antwort auf eine der zentralsten Fragen für die Schweiz und insbesondere uns Junge liefert. Nur wenige Wochen nach der Einreichung sind wir bereits wieder auf der Strasse und sammeln für das Referendum gegen die neue Filmsteuer (Lex Netflix), während gleichzeitig die FDP Frauen Unterschriften für die Volksinitiative für die Einführung der Individualbesteuerung sammeln. Die unzähligen Stunden, die ich auf den Strassen verbrachte und Unterschriften für diese Volksbegehren sammelte, zeigten mir: Das Allerwichtigste ist der direkte Austausch.

Um die Bevölkerung von unseren liberalen Antworten zu überzeugen, müssen wir raus. Wir müssen aktiv den Austausch mit den Menschen suchen, ihnen zuhören und ihnen unsere liberalen Ideen im direkten Gespräch näherbringen. Was eignet sich da besser als eine Unterschriftensammlung? Samstag für Samstag stand ich draussen, sprach Hunderte von Menschen an und trug meine Argumente



Lucio Sansano im Gespräch beim Sammeln für die Renteninitiative.

für ein höheres Rentenalter, für ein neues Besteuerungsmodell oder gegen eine unsägliche Filmquote vor. Nur um nach zwei Stunden 25 Unterschriften gesammelt zu haben. Das ist härteste Knochenarbeit. Aber: Die Begegnungen und Gespräche sind unbezahlbar und sehr lehrreich.

Drei zentrale Projekte für den Schweizer Freisinn

Diese drei zuvor genannten Volksbegehren sind meines Erachtens eindeutig die drei wichtigsten Projekte für den Schweizer Freisinn. Denn sie haben eines gemeinsam: Sie sind oder sollen der Tatbeweis sein, dass wir Freisinnige initiativ- und referendumsfähig sind. Zu lange haben wir Volksinitiativen und Referenden den Polparteien überlassen. Das Resultat: Wir stimmen immer und immer wieder über klassenkämpferische Initiativen der Juso ab oder haben zu befürchten, dass die marode AHV – unser wichtigstes Sozialwerk – aufgrund einer Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ausgebaut anstatt saniert wird. Kurzum: Konstruktive und sachliche Diskussion über die drängenden Herausforderungen unserer Zeit werden verunmöglicht.

Ich bin überzeugt, dass der liberale Aufbruch nur gelingt, wenn diese drei Projekte keine Einzelfälle bleiben und wir auch in Zukunft den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Wenn wir im direkten Austausch für unsere liberalen Ideen einstehen, werden wir langfristig wieder an Wählergunst gewinnen. Denn unsere Ideen erfüllen den Praxistest und führen die Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft. Wir müssen sie nur noch an den Mann und die Frau bringen.

**Lucio Sansano, Master-Mentee,
Präsident Jungfreisinnige Baselland
und Wohnerrat Reinach BL**

Die polnische Metropole Warschau war Austragungsort der Alde-Workshops. Foto: iStock/Radosław Pachowicz



Liberaler Austausch in Warschau

Bereichernde Workshops für bessere Parteiarbeit

Ende November fanden in Warschau die «Alde Accelerator»-Tage statt. Am Kongress der Allianz der liberalen Parteien Europas nahmen mit Philipp Gasser, Arnaud Bonvin und Kenny Käch auch drei Mitarbeiter des FDP-Generalsekretariats teil. Sie besuchten die Workshops «Digital Engagement», «Social Media and Communications» und «Organizing and Field Campaigning».

Der Koffer gepackt, den Impfausweis gefunden, das Einreiseformular ausgefüllt – der Reise in die Hauptstadt Polens stand nichts mehr im Weg. Der erste Tag war geprägt vom Thema «Organizing». In knapp drei Stunden wurde uns gezeigt, wie man erfolgreich eine Gruppe von freiwilligen Wahlkampf Helfern mobilisiert, motiviert und koordiniert. Immer wieder wurde dabei auf das Schneeballsystem beim Akquirieren von Freiwilligen verwiesen. Es ist erfolgsversprechender, wenn man gezielt einzelne Personen anspricht und motiviert, so dass diese ihren Freundeskreis mitziehen. «Someone has to show how to take action» – Man soll als inspirierendes Vorbild agieren.

Daneben lag der Fokus auch auf das Adaptieren von neuen Techniken und wie man es richtig bzw. falsch macht. Besonders der Door-to-Door-Wahlkampf war hier ein Thema. So meinte ein Teilnehmer, dass dieser in seinem Land nicht funktionieren werde, da die Kultur gänzlich eine andere sei. Diese Befürchtung wurde sogleich aus der Welt geschafft: Es gibt keine Situation, in der die Kultur persönliche Begegnungen im Wahlkampf verhin-

dert. Die Kunst liegt darin, das Instrument an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

Corona und der Digitalisierungsschub

Der nächste Tag startete gleich mit zwei praktischen Beispielen. Die norwegische Partei «Venstre» und die rumänische «USRPLUS» referierten über ihren erfolgreichen Wahlkampf während Corona. Besonders der Fortschritt von digitalen Aspekten war prägend. Die Norweger führten zum ersten Mal digitale Meetings durch und in Rumänien setzt man vermehrt auf einen Whatsapp-Wahlkampf. Die Krise wurde als Chance genutzt und neue Techniken wurden entwickelt, erfolgreich angewendet und beibehalten. Trotzdem wurden auch auf die herkömmlichen Instrumente nicht verzichtet: Flyer, Door-to-Door- und Standaktionen.

Freiwillige Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sind das A und O eines Wahlkampfes. So fand ein Workshop statt, mit Tipps und Tricks Personen zu finden, Schlüsselpositionen übernehmen zu lassen und diese zu führen. Denn einer allein kann nicht erfolgreich eine ganze Truppe führen, zu auf-



Während der Workshops fand der Austausch in verschiedenen Gruppenarbeiten statt. Foto: Philipp Gasser

wendig ist der organisatorische Aufwand. Schlussendlich benötigt man aber Energie, richtiges Gespür und Empathie.

Die PS auf den Boden bringen

Am eindrücklichsten waren die Gespräche mit dem Vertreten der anderen Parteien. Ich erklärte dabei mehrmals, wie unser Föderalismus funktioniert und worüber wir als Nächstes abstimmen. Was mir aber deutlich vor Augen geführt wurde, ist, dass die FDP Schweiz im internationalen Vergleich gut aufgestellt ist. Die Finnen haben Mühe mit der Zweisprachigkeit, die Belgier mit den unterschiedlichen Kulturen und die Österreicher mit den eigenen Leuten. Die PS sind bei uns vorhanden, wir müssen sie nur richtig auf den Boden bringen.

Verschiedene Länder, verschiedene Herausforderungen

Im Workshop «Social Media & Kommunikation» ging es um den Austausch mit Vertretern anderer Länder und wie ihre Parteien die verschiedenen Kommunikationskanäle nutzen. Auffallend war, dass es in allen Ländern verschiedene Herausforderungen gibt. Manche haben zu wenig Zeit, alle Kanäle zu verwalten, andere haben Mühe, ihre Parlamentarier für Aktivitäten zu motivieren. Auch die FDP wirkt auf die anderen Parteien wie ein Alien, wenn wir erklären, dass wir mit zwei oder drei Sprachen jonglieren und das stets berücksichtigen müssen.

Wiederkehrendes Thema im Workshop war die Wichtigkeit von Storytelling sowie Inhalten und deren Verbreitung auf verschiedenen Kanälen. Da die Ressourcen nicht unendlich sind, ist es wichtig, Inhalte auf verschiedenen Kanälen zu nutzen. Während für uns Messengerdienste wie Telegram, Whatsapp und Threema grosses Potenzial für die politische Kommunikation haben, setzten andere Parteien verstärkt auf Instagram. Unbestritten ist, dass Audio, Video und Bilder wichtige Ausgangspunkte für Inhalte sind.

Philipp Gasser, Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner
Arnaud Bonvin, Kommunikationschef

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben



NEIN

Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien



NEIN

Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»



NEIN

Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»

AGENDA

12. Februar 2022, Montreux
Delegiertenversammlung

25. Juni 2022, Uri
Delegiertenversammlung

22. Oktober 2022
Delegiertenversammlung

Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan noch unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

KOLUMNE

Linkes Kaffeesatzlesen



Im Sinne eines Monitorings schaue ich regelmässig Mailings und Social-Media-Posts von Politikerinnen und Aktivisten linker Parteien an. Dabei muss ich ab und zu die Stirn runzeln. Da schrieb zum Beispiel Cédric Wermuth (Co-Präsident SP) auf Facebook, er habe kürzlich für seinen Kaffee Mehrwertsteuern bezahlt. «Wieso sollen Unternehmen keine Emissionsabgaben mehr zahlen?», fragte er sinngemäss. Ich meine: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Nur weil man Geld von einem Bankkonto für eine Aktienkapitalerhöhung auf ein Firmenkonto einzahlt, wurde dadurch allein noch kein Mehrwert geschaffen. Entscheidend ist zum Beispiel, ob aus dieser Kapitalerhöhung Arbeitsplätze entstehen.

Aus diesem Grund ist der Gedankengang von Cédric Wermuth absurd. Polemisch könnte man zurückfragen: «Lieber Cédric, soll man etwa eine Steuer zahlen, wenn man Geld auf sein Sparkonto einzahlt?»

Die Abschaffung der Emissionsabgabe, über die wir am 13. Februar 2022 abstimmen, vereinfacht es, neues Kapital zu bilden. Gerade in einer anhaltenden Krise ist das ein richtiges Signal. Ein Signal, dass der Staat niemanden zusätzlich besteuern will, nur weil er die Kapitalbasis und damit die Firma stärken will.

Dass der SP-Chef mit sinnlosen Vergleichen die Abstimmung gewinnen will, sagt viel darüber aus, wie tief seine argumentativen Ansprüche gesunken sind.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

KMU stärken

Unsinnige Steuer abschaffen



JA 13. Februar

Änderung
Stempelabgaben-Gesetz

FDP
Die Liberalen
